

# SPD demokratischer pressediens

P/XXX/182

24. September 1975

Gute Nachrichten aus New York

-----  
Die 7. Sondergeneralversammlung der UNO in Eintracht  
beendet

Von Günter Schluckebier MdB  
Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche  
Zusammenarbeit

Seite 1 und 2 / 70 Zeilen

Das Unmoralische an der ärztlichen Gebührenordnung

-----  
Eine 98.000-DM-Rechnung beweisert Dringlichkeit ihrer  
Reform

Von Dr. Horst Schmidt MdL  
Sozialminister des Bundeslandes Hessen

Seite 3 und 4 / 87 Zeilen

Mit Polemik wird die CSU nicht glaubhafter

-----  
Strauß-Partei erneuert Attacken gegen Bremens Reform-  
universität

Von Moritz Thape  
Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst der Freien  
Hansestadt Bremen

Seite 5 und 6 / 56 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

-----  
"Sie brachten die Wende, Herr Brandt"

-----  
Seite 7 und 8 / 59 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 39  
Telex: 68 88 846 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölnener Straße 106-112, Telefon: 37 68 11

Gute Nachrichten aus New York

Die 7. Sondergeneralversammlung der UNO in Eintracht beendet

Von Günter Schluckebier MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Entgegen vielen Befürchtungen hat die 7. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen nicht zu einer Konfrontation zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern geführt, sondern ist im Gegenteil mit weitgehender Übereinstimmung zwischen den beiden Ländergruppen zu Ende gegangen. Die Industriestaaten sind den Ländern der Dritten Welt in vielen, auch wesentlichen Fragen der Weltwirtschaft und Weltwährung entgegengekommen, die Entwicklungsländer haben auf das Vorbringen von Forderungen verzichtet, die von den Industriestaaten als nicht akzeptabel bezeichnet worden waren. Alle haben aus der Erkenntnis, daß Konfrontation den Interessen aller Betroffenen zuwiderlaufe, die richtigen Schlüsse gezogen: In einer Atmosphäre der Mäßigung und Sachlichkeit, der Aufgeschlossenheit und Bereitschaft zum Entgegenkommen ist ein Papier verabschiedet worden, das entscheidende Weichen in den Beziehungen zwischen den Industriestaaten und Dritter Welt stellen kann und von Bundesminister Bahr zu Recht als Durchbruch zu Gunsten der Entwicklungsländer bezeichnet worden ist.

Auf dem Gebiet des Welthandels wurde die Bereitschaft deutlich, den Entwicklungsländern durch Öffnung der Märkte in den Industriestaaten, durch Bemühungen zur Verbreiterung und Diversifizierung ihrer Exportstruktur, durch Mechanismen zur Verstätigung der Exporterlöse für die Dritte Welt und durch die Verstärkung der Beteiligung der Entwicklungsländer am "unsichtbaren Handel", also Transport, Vermarktung und Verteilung, einen angemessenen Platz zu verschaffen. Bei den Fragen der Weltwährung verdient besondere Aufmerksamkeit die Zustimmung der Industriestaaten zu der Forderung, die Sonderziehungsrechte des internationalen Währungsfonds mit den Möglichkeiten der Entwicklungspolitik zu verbinden ("Link"). In diesem Zusammenhang paßt die Entscheidung, ein Sechstel der Goldreserven des IWF zu verkaufen und den Erlös,

schätzungsgemäß zehn Milliarden DM, den Entwicklungsländern zur Verfügung zu stellen.

Übereinstimmung bestand auch bezüglich der Notwendigkeit, den Zugang der Entwicklungsländer zum technologischen und wissenschaftlichen Know how der Industriestaaten zu erleichtern. Dies soll erreicht werden durch verstärkte Bildungs- und Ausbildungshilfe, durch internationale Vereinbarungen über den Technologietransfer und durch erhöhte Markttransparenz in den Industriestaaten. Dringend erforderlich ist es, den "brain train" aus den Entwicklungsländern in die Industriestaaten zu stoppen.

Bei den Fragen der Industrialisierung schlossen sich die Teilnehmer der Sondergeneralversammlung im wesentlichen an die Beschlüsse der zweiten UNIDO-Generalversammlung in Lima an. Sie bekräftigten vor allem das Ziel, den Anteil der Entwicklungsländer an der Weltindustrieproduktion bis zum Jahr 2.000 von derzeit sieben vH auf 25 vH zu steigern. Besondere Beachtung fand in diesem Bereich die Idee einer Zusammenarbeit zwischen Ländern verschiedener wirtschaftlicher und sozialer Strukturen im Dreieck.

Die hohe Priorität der Förderung der Agrarproduktion in Entwicklungsländern ist weiterhin unbestritten. Dazu gehört eine ausreichende und stetige Versorgung mit Dünger und Geräten, eine verstärkte internationale Agrarforschung, aber auch die Lagerung von zehn Millionen Tonnen Getreide für Notfälle.

Die EG-Staaten haben bei der 7. Sondergeneralversammlung mit einer Stimme gesprochen; die meisten Erklärungen der EG-Mitglieder sind als EG-Verlautbarungen abgegeben worden. Die USA war zwar in der von ihrem Botschafter verlesenen Kissinger-Rede weit über das erwartete Maß hinaus den Entwicklungsländern entgegengekommen, aber dennoch bestand in zahlreichen Bereichen Übereinstimmung zwischen uns und den USA. Die von der CDU beklagte Mißstimmung zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Gemeinschaft gab es nicht.

Das von der Sondergeneralversammlung verabschiedete umfangreiche Programm zeigt, daß die Entwicklungspolitik der Bundesregierung auf dem richtigen Weg ist. Ein Drittel der Mittel für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit stehen der Agrarhilfe zur Verfügung, und die Überlegungen zur Stabilisierung der Rohstoffpreise haben sich als zutreffend erwiesen. Ein "Link" zwischen Sonderziehungsrechten und Entwicklungspolitik ist schon in den 25 Thesen von Gymnich gefordert worden. Der Verzicht auf Lieferbindung gehört schon lange zum Bestandteil deutscher Entwicklungszusammenarbeit mit der Dritten Welt: 1974 betrug die liefergebundene Entwicklungshilfe sechs vH. Dies alles wird sich auch bei der Fortschreibung der entwicklungspolitischen Konzeption der Bundesregierung niederschlagen.

(-/24.9.1975/ks/pr)

+ + +

### Das Unmoralische an der Ärztlichen Gebührenordnung

Eine 98.000-DM-Rechnung beweist Dringlichkeit ihrer Reform

Von Dr. Horst Schmidt MdL

Sozialminister des Bundeslandes Hessen

Eine Arztrechnung über 98.000 DM, ausgestellt von einer zur Privatliquidation berechtigten Anästhesie-Chefärztin in einem Behandlungszeitraum von 89 Tagen, hat in diesen Tagen die Öffentlichkeit erregt. Die seit 1965 gültige Gebührenordnung für Ärzte, an deren Reform sich seit 1969 eine Sachverständigenkommission die Zähne ausbeißt, macht dieses Honorar möglich und hätte in diesem Fall sogar eine Rechnungshöhe von nahezu 200.000 DM gestattet. Hier soll nicht so sehr die Frage eine Rolle spielen, ob es sich - wie Ärztliche Organisationen meinen - nur um einen krasen Einzelfall oder aber um die Spitze eines Eisberges handelt. Uns muß vielmehr interessieren, ob wir es noch länger verantworten können, daß es Verordnungen gibt, die derartige unmoralische Honorarforderungen überhaupt zulassen.

An Versuchen, die Ärztliche Gebührenordnung einer gründlichen Entschlackung zu unterziehen und neuen Erkenntnissen anzupassen, hat es nicht gefehlt. Doch erscheint auch hier der vom Vorsitzenden des Hartmannbundes kürzlich erneut bekräftigte Grundsatz seine Gültigkeit zu beweisen, daß "mit uns Ärzten jede Reform möglich ist, ohne uns kaum und gegen uns überhaupt nicht". Ob eine so zustande kommende Reform am Ende diesen Namen verdient, muß sich dann allerdings erst zeigen. Die Bundesregierung, formal für den Erlaß und die Änderung der Gebührenordnung zuständig, ist jedenfalls verpflichtet, sich mit allen Beteiligten abzustimmen, also mit der Bundesärztekammer, der Kassenerztlichen Bundesvereinigung und den Spitzenverbänden der Krankenkassen Einvernehmen herzustellen. Das Beispiel der zufällig bekanntgewordenen 98.000-DM-Rechnung mahnt zur Eile, denn eine weitere Verzögerung dieser längst überfälligen Reform würde der Bürger kaum akzeptieren.

Die Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) gilt seit dem 1. April 1965 unverändert bis heute. Sowohl der dort aufgeführte Katalog der Leistungen als auch die Höhe der darin angegebenen Mindestgebühren sind überholt und werden deshalb schon seit Jahren nicht mehr als Grundlage für die Abrechnung zwischen niedergelassenen Ärzten und den Kassenerztlichen Vereinigungen akzeptiert. Eine neue Tarifvereinbarung ist hier an die Stelle der Gebührenordnung getreten, die damit ihre Bedeutung für die Abrechnung medizinischer Leistungen bei Kassenpatienten weitgehend verloren hat. Dagegen gilt die Gebührenordnung nach wie vor, wenn es um die Berechnung von Leistungen für selbstzahlende Patienten geht, die entweder beihilfeberechtigt oder privatversichert sind.

Bei der Reform der GOÄ muß es deshalb zunächst einmal darum gehen, mit dem Nebeneinander unterschiedlich strukturierter Ärztlicher Gebührenordnungen Schluß zu machen, die dazu führen, daß für gleiche Leistungen je nach Abrechnungssystem verschiedene Honorare gefordert werden. Eine neuformulierte Gebührenordnung sollte deshalb die Fortschritte einbe-

ziehen, die inzwischen in den Vereinbarungen zwischen Kassen und Kassen-Ärzten festgelegt wurden.

Die Gebührenordnung gibt dem Arzt die Möglichkeit, das Ein- bis Sechsfache der festgelegten Gebühren in Rechnung zu stellen. Bei der zitierten 98.000-DM-Rechnung handelte es sich um den dreifachen Satz. Auch wenn ich unterstelle, daß die meisten Ärzte die Gesamthöhe der Rechnung nach den sozialen Verhältnissen des Patienten ausrichten, halte ich einen derartigen Honorarspielraum für nicht vertretbar. Nur eine Abschaffung oder drastische Reduzierung dieser Spanne kann Auswüchse und damit unverträgliche soziale Belastungen des Patienten verhindern.

Doch geht es hier nicht nur um die Höhe der Gebühren, sondern auch um die innere Struktur der Gebührenordnung. Hier scheint mir einer der wesentlichsten Ansatzpunkte der Reform zu liegen. Es hat sich gezeigt, daß die medizinisch-technischen Leistungen im Hinblick auf die Gebührensätze ganz erheblich überbewertet werden. Im Verhältnis dazu werden die vom Arzt selbst erbrachten persönlichen Leistungen in der Regel zu niedrig veranschlagt. Wer sich Krankenhausrechnungen oder Abrechnungen des niedergelassenen Arztes zur Hand nimmt, wird deshalb auch feststellen, daß der Löwenanteil der Ärztlichen Honorare nicht auf die ärztliche Beratung, sondern auf die medizinisch-technischen Leistungen entfällt. Hier müssen die Gewichte neu verteilt werden. Das scheint mir auch deshalb notwendig, weil nicht jeder niedergelassene Arzt oder Krankenhausarzt immer der Versuchung zu widerstehen scheint, über die medizinischen Erfordernisse hinaus für eine möglichst große Auslastung seines medizinischen Geräteparks zu sorgen.

Nach meiner Ansicht sind diese Änderungen der Gebührenordnung unabweislich. Wenn wir einen finanziellen Kollaps unseres Gesundheitssystems verhindern wollen - an dem auch die Ärzteschaft sicher kein Interesse hat -, müssen wir mit allem Nachdruck für die Korrektur von Fehlentwicklungen sorgen und dabei das Allgemeinwohl vor das Gruppeninteresse stellen. Ich halte es deshalb für ein unlauteres Ablenkungsmanöver, wenn sich manche Gruppen jetzt in der Diskussion um die Kostenentwicklung plötzlich den Patienten mit seinen angeblich unerlösten Ansprüchen als Sündenbock heraussuchen, um sich so selbst von jeder Verantwortung freizusprechen. In der Tat hat über eine allzu lange Zeit hin die Frage nach den Kosten unseres Gesundheitssystems keine große Rolle gespielt. Eine der Ursachen war und ist sicher auch die mangelnde Transparenz von Arzt- und Krankenhausrechnungen. Mir scheint es deshalb erforderlich, parallel zu allen Bemühungen um Kostensenkungen auch dafür Sorge zu tragen, daß der Patient künftig erfährt, für welche Leistung er was zu bezahlen hat. An die Stellen anonym und für den Patienten unverständlicher Positionsangaben auf den Rechnungen müssen klare verständliche Angaben über die erbrachten Leistungen rücken. (-/24.9.1975/bgy/pr)

+ + +

Mit Polemik wird die CSU nicht glaubhafter  
-----

**Brauß-Partei erneuert Attacken gegen Bremens Reformuniversität**

Von Moritz Thape

Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst der Freien Hansestadt Bremen

Die Bremer Universität sei eine "kommunistische Kaderschmiede". Diese Behauptung ist nicht neu. Sie wird alle Jahre wieder von Politikern der CDU/CSU aufgestellt. Solche oder ähnliche polemische Behauptungen gehören anscheinend immer dann zum Sprachgebrauch, wenn eine sachliche Auseinandersetzung um die Reformziele der Universität Bremen vermieden werden soll. Und zu einer sachbezogenen Diskussion sind offenbar die Christdemokraten nicht in der Lage. Das gilt auch für den von Franz-Josef Strauß herausgegebenen "Bayernkurier", der die Uni als "Kaderschmiede im roten Bremen" bezeichnet.

Die Darstellung "rotes Bremen" wird von konservativen Kreisen immer dann gern gewählt, wenn Wahlen im Stadtstaat bevorstehen. Offensichtlich sind CDU und CSU darüber vergrämt, daß die Bremer Bürger seit dem Zweiten Weltkrieg schon immer sozialdemokratische Regierungspolitik gewählt haben. Die Hansestädter wissen eben, daß ihnen die SPD den Vorsprung sichert und zeitgemäße Arbeit leistet. Das gilt auch für den Hochschulbetrieb.

Wer aber wie der CSU-Bundestagsabg. Dr. Probst auf dem CSU-Parteitag ohne Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse an der Universität Bremen öffentlich von einer "kommunistischen Kaderschmiede" redet, der macht nicht einmal den Versuch einer ernsthaften Auseinandersetzung um die Weiterentwicklung hochschulreformerischer Ansätze. Und diese werden an der Bremer Universität konsequent verwirklicht.

Neu hingegen ist die Behauptung des CSU-Abg. Dr. Probst, die Universität Bremen sei "ein Staat im Staate". Der CSU-Politiker hatte bereits in einer von ihm mitunterzeichneten Kleinen Anfrage im Bundestag unter anderem zu der Kooperationsvereinbarung zwischen der Universität Oldenburg und dem DGB der Bundesregierung "Hochschulpolitik unter einseitigen Vorzeichen" vorgeworfen.

Wenn der CSU-Abg. Dr. Probst mit dem "Staat im Staate" den zwischen der

Bremer Universität und der Arbeiterkammer als Körperschaft des öffentlichen Rechts abgeschlossenen Kooperationsvertrag vom 28. Juli 1971 ansprechen will, so muß ich dazu folgendes anmerken:

1/ Es ist richtig, daß sich an der Universität Bremen im Rahmen dieses Kooperationsvertrages die arbeitnehmerorientierte Forschung als ein Schwerpunkt entwickelt hat. So laufen dazu z.B. die folgenden vom Bundesminister für Arbeit und Soziales geforderten Forschungsvorhaben: Lärmquellen und Möglichkeiten ihrer Bekämpfung im Urteil von Betriebsräten, Sicherheitsbeauftragten und Arbeitnehmern und Belastungen am Arbeitsplatz und Praxis der betrieblichen Arbeitssicherheit.

2/ Ich begrüße diese Entwicklung ausdrücklich, trägt sie doch dazu bei, bestehende Lücken in der Erforschung des Arbeitslebens zu schließen.

Im Übrigen verweise ich auch auf die Antwort der Bundesregierung zu der genannten Kleinen Anfrage der CDU/CSU-Fraktion. In dieser Antwort wird festgestellt, daß in der Zusammenarbeit mit Kräften außerhalb der Hochschule insbesondere die Forschung im Auftrag von Wirtschaftsunternehmen und ihren Organisationen von jeher ein größeres Gewicht hat, und die Überkommene Kluft zwischen den Hochschulen und breiten Schichten der Bevölkerung noch immer nicht in ausreichendem Maße geschlossen worden ist.

Die SPD und der von ihr getragene Bremer Senat wollen dafür sorgen, daß diese Kluft nicht noch breiter wird. Bei der Bremer Reformuniversität sollen deshalb die Interessen der Arbeitnehmer weiterhin berücksichtigt werden. Und die Arbeitnehmer haben in unserem Staat nicht weniger Rechte als die großen Wirtschaftsunternehmen.

CDU und CSU leben in der Vergangenheit. Deshalb holte auch der CSU-Abg. Dr. Probat die Behauptung "kommunistische Kaderschmiede" aus seinem alten CSU-Archiv. Nur werden derart polemische Äußerungen nicht glaubhafter, wenn man sie von Zeit zu Zeit wiederholt. (-/24.9.1975/ka/pr)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Sie brachten die Wende, Herr Brandt"

"Macht doch endlich mal die Fenster auf, ganz weit auf! Seht Euch um im eigenen Lande, seht Euch um in der Welt und vergleicht", fordert ein Bürger der DDR die Deutschen im Westen auf. Er ist Rentner und war dieser Tage zu Besuch in der Bundesrepublik. Hier der Brief (aus redaktionellen Gründen leicht gekürzt), den er dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt schrieb.

"Sehr geehrter Herr Brandt!

Von einem kurzen Besuch hier in der BRD nach fast sieben Jahren möchte ich Ihnen recht viele Grüße senden, Ihnen und Ihrer ganzen Familie, Grüße verbunden mit tiefer Dankbarkeit an Sie. Ich hoffe sehr, daß diese meine Zeilen in Ihren persönlichen Besitz kommen und nicht bei einem Ihrer Sekretäre oder Mitarbeiter liegen bleiben!

Sicher ist es Ihnen kein Geheimnis, daß Sie für uns 'Drüben' viele Jahre das Idol waren und noch sind. Daran hat sich nach dem Kanzlerwechsel nichts geändert. Gewiß besitzen solche hervorragenden Männer wie Herr H. Schmidt, Herr Apel, Herr Genscher und Herr Friderichs auch unser vollstes Vertrauen, wie überhaupt die ganze jetzige SPD/FDP-Regierung, aber Sie, verehrter Herr Brandt, waren es doch von unserer Sicht aus gesehen, und wir sehen die politischen und wirtschaftlichen Vorgänge hier vielleicht klarer als manche Bürger der BRD. Sie, Herr Brandt, haben zuerst die große positive Wende für das gesamtdeutsche Volk herbeigeführt.

Von der CDU haben wir ca. eineinhalb Jahrzehnte nur immer wieder, z.B. in der Neujahrsansprache gehört: 'Nächstes Jahr leuten die Friedensglocken!' Verdienste, große Verdienste von Herrn Adenauer und Herrn Erhard sollen nicht geschmälert werden, ebenso nicht die Gewißheit, daß es auch jetzt in den Reihen der CDU kluge und anständige Köpfe gibt. Aber die CDU hat versagt. Viele von uns sagen sogar, sie ist fast nur eine Arbeitgeberpartei und gibt

sich oft so extrem rechts, siehe Herr Strauß, der bei uns fast gehaßt wird, daß oft nicht mehr viel bleibt zum Faschismus!

Ihr größtes Verdienst aber, Herr Brandt, wer und ist: Es ist erst mal eine kleine Bresche geschlagen nach Ost! Fast niemand scheint hier zu begreifen, wie schwer, wie unsagbar schwer es ist, dies zu tun. Und es geht wirklich nur mit winzig kleinen Schritten. Das haben Sie mit dem verehrten Herrn Scheel, dem Herrn Bundespräsidenten, getan und richtig getan. Ginge es nach der CDU, so ständen wir noch am Anfang!

Wir wissen sehr wohl, die BRD ist nicht nur wirtschaftlich eines der mächtigsten Länder unserer Welt. Der Besitz der einzelnen hier, seine persönliche Sicherheit sind doch im Weltmaßstab gesehen gar nicht zu schlagen. Aber, aber so viele scheinen hier noch oder wieder blind zu sein. Ich möchte diesen Zweiflern und Absseitstehern zurufen: 'Macht doch endlich mal die Fenster auf, ganz weit auf! Seht Euch um im eigenen Lande, seht Euch um in der Welt und vergleicht mal ganz ehrlich und laßt Euch nicht dauernd Lügen einflüstern! Dann werdet Ihr endlich einsehen, daß nur eine BRD-Regierung wie sie jetzt ist, Euch helfen kann!'

Da haben die BRD-Bürger bei der letzten Bundestagswahl endlich mal klarer gesehen, und schon vergessen sie bald darauf, daß eine weltweite Energiakrise auch von Ihrer Regierung nicht ganz abgewendet werden kann. Da gibt es einen unverschuldeten Kanzlerwechsel und schon rufen die Dummen: 'Siehste!' Und dann kommt hier die Sorge um die Konjunktur dazu. Diese Schwelle erscheint mir hoch, und noch mancher Stein wird im Wege liegen. Aber ich, wir vertrauen Ihnen und der Regierung fest. Ich glaube, nach einem nicht leichten Winter wird es auch hier wieder aufwärts gehen. Und ganz fest glaube ich, daß Sie die Wahl im nächsten Jahr gewinnen werden, ja gewinnen müssen!

Sehr geehrter, lieber Herr Brandt, ich möchte Ihnen und den ganzen Herren wirklich einmal dankbar die Hände drücken.

Schaffen Sie alle noch weiterhin so gut wie bisher für Deutschland, daß ja auch unsere große Heimat ist!

Mit den besten Grüßen und Wünschen auch für Ihre Gesundheit!"

(-/24.9.1975/Ge/ee/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Freiler